

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.12 - 60. Jahrgang

19. Juni 2010



Joachim Gauck mit Michael Müller bei der Vorstellung im Abgeordnetenhaus. Foto: Jänen

Michael Müller: „Ein hervorragender Kandidat“

„Joachim Gauck ist ein exzellenter Kandidat für das Präsidentenamt“, so der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD Michael Müller. „Für ihn spricht vor allem seine Fähigkeit, die Menschen zusammenzuführen, und auch das große Ansehen, das er über Parteigrenzen hinaus genießt. Das ist gerade in der gegenwärtig schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation von entscheidender Bedeutung.“

Joachim Gauck hatte sich am Mittwoch auf Einladung von SPD und Grünen den Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus vorgestellt. Am Dienstag hatte die SPD-Fraktion ihre 9 Wahlfrauen und Wahlmänner für die Bundesversammlung aufgestellt. Insgesamt kann das Berliner Abgeordnetenhaus 25 Wahlfrauen bzw. Wahlmänner entsenden.

Die SPD-Fraktion benannte den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller, Michael Sommer, Bundesvorsitzender des DGB, Klaus Hoffmann, Sänger, Schauspieler und Liedermacher, Clemens Prokop, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, Karin Seidel-Kalmutzki, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Burgunde Grosse, MdA, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Ülker Radziwill, MdA, sozialpolitische Sprecherin und Vorsitzende der AG Migration sowie Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA. Erster Ersatzdelegierter ist Ralf Wieland, MdA. **PM** □

Bundespolitik:

„Angriff auf das Gemeinwohl“

Proteste gegen schwarz-gelbes Sparpaket nehmen zu

Arbeitslose sollen die Hälfte der Sparmaßnahmen der Bundesregierung tragen, durch Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Empfänger ist der Weg in die Altersarmut für viele vorgezeichnet, mehr als 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst sollen dauerhaft wegfallen. Dieser „Angriff auf das Gemeinwohl“ mit dem Sparpaket der Bundesregierung muss korrigiert werden, fordern SPD, Gewerkschaften und Sozialverbände.

Die SPD fordert einen fairen Lastenausgleich - u.a. mit einer Finanztransaktionssteuer, die Einnahmen zwischen 14 und 30 Milliarden Euro erbringt, einer gerechteren Besteuerung großer Vermögen und einem höheren Spitzensteuersatz. Zusammen ergäbe das weitere 13 Milliarden Euro Einnahmen, so die SPD-Finanzexperten. Auch für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ist klar: „Man muss auf die Einnahmeseite gucken.“

Ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro würde 1,5 Mrd. Euro weniger Ausgaben bedeuten, wenn der Staat Dumpinglöhne nicht mehr mitfinanzieren



Aufklärungsoffensive: „Hier spart Schwarz-Gelb auf Ihre Kosten“ stand in großen Buchstaben auf dem Flugblatt, das Mitglieder der SPD-Abteilung „Am Südern“ am 12. Juni an die Haustüren im Graefekiez geklebt haben. Foto: Döring

müsste. Der SPD-Finanzexperte Poß warnt vor den zahlreichen Luftbuchungen im schwarz-gelben Sparpaket. Damit sei das Konsolidierungskonzept weit davon entfernt, die quantitativen Anforderungen der „Schuldenbremse“ zu erfüllen. Poß: „Spätestens im nächsten Jahr wird es ein neues Sparpaket von Schwarz-Gelb geben.“ **BS** □

➡ siehe auch Seite 3 - 4

Ökonomische Basis schaffen

Michael Müller: Industriepolitik in Berlin voranbringen

Wirtschaftspolitik ist in der SPD kein Randthema, stellte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller auf der 2. Berliner Ideenkonferenz fest. Es gehe darum, die ökonomische Basis für die Stadt zu schaffen. Deshalb sei auch der Anspruch richtig, eine große Zahl industrieller Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Mit einer in Berlin breit getragenen Bildungsreform habe die SPD wichtige Voraussetzungen geschaffen, sagte Müller. Die Stadt brauche gut ausgebildete junge Menschen. Mit den drei großen Entwicklungsflächen in Tempelhof, Tegel und am Humboldthafen habe Berlin eine einmalige

Chance als große Metropole, neue Industrien anzusiedeln. Adlershof sei ein gutes Bei-

IN DIESER AUSGABE:

STIMMEN ZUM SPARPAKET	S. 3
TEURER SPARBESCHLUSS	S. 4
SOLIDARITÄT GEGEN RECHTS	S. 7
DEBATTE: BIN ICH ZIELGRUPPE?	S. 12

spiel, wie aus der räumlichen Nähe von Unternehmen und Wissenschaft neue Prozesse in Gang gesetzt werden können. Gesundheitswirtschaft, E-Mobilität, Informationstechnologien und Tourismus spielen für Berlin eine wichtige Rolle. **BS** □

➡ siehe S. 6 - 8

Sparpaket:

Fatal für den sozialen Frieden

Petra Merkel: Schwarz-Gelb schürt Politikverdrossenheit

Monatelang hat sich Schwarz-Gelb Zeit gelassen, die NRW-Wahl abgewartet und nun wurde dieses „Sparpaket“ vorgelegt. Die Vorgaben durch die Schuldenregel im Grundgesetz waren klar - nun hat die schwarz-gelbe Regierung ihre Karten auf den Tisch gelegt, wo und wie sie sparen will.

Anstatt jedoch nun dies auch als Chance zu begreifen und an Subventionen heranzugehen, vielleicht auch an Fehler der Vergangenheit wie den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotels, schreibt sich die Handschrift der FDP mit ihrer unseligen Klientelpolitik weiter durch.

80 Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren bis 2014 eingespart werden. Ein riesiger Kraftakt sei dies, eine „Mammutaufgabe“, das größte Sparpaket in der Geschichte sei dort geschnürt worden, versuchten uns die Kanzlerin und ihr Vize-Kanzler zu vermitteln. Was wurde denn nun in dieses Paket gepackt?

Offensichtlich sind zunächst einmal die Kürzungen bei den Sozialleistungen: keinen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, kein Elterngeld für Alg II-Empfänger mehr, keinen Zuschuss an die Rentenversicherung für Alg II-Empfänger. Das Sparpaket geht zu Lasten derer, die sich nicht wehren können - die größten Einschnitte sind im Sozialbereich zu finden. Das haben wir Sozialdemokraten immer prophezeit!

Und sonst? Eine ökologische Luftverkehrsabgabe, eine Bahndividende und ein steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft sollen für zusätzliche Einnahmen sorgen. Die Wirtschaft werde „angemessen beteiligt“ - aha, die Betreiber von Kernkraftwerken sollen zur Kasse gebeten werden. Das wäre ja wirklich eine Leistung. Gleichzeitig sollen allerdings die Laufzeiten verlängert werden. Ein preiswerter Ablasshandel für die Kernkraftwerkbetreiber! Natürlich ist auch damit zu rechnen, dass dadurch die Preise für Flugtickets und Strom steigen, also auf die Verbraucher umgelegt werden.

Im Paket finden sich auch eine Reihe von „Luftnummern“ - schöngerechnete Posten, sogar eine Globale Minderausgabe von 5,6 Milliarden Euro, damit am Ende die 80 Milliarden Euro bis 2014 zustande kommen.

Was bedeutet das denn nun im Ganzen? Das Paket ist eindeutig sozial unausgewogen, perspektivlos und willkürlich. Sparen im Sozialbereich, ein bisschen in der Verwaltung, ein bisschen Wirtschaftsbeteiligung. Die Kritik ist vernichtend - selbst in der Union werden die Stimmen immer lau-



Petra Merkel, MdB, ist Vorsitzende des Haushaltsausschusses.

ter und immer stärker, so auch vom Wirtschaftsrat - die keine soziale Ausgewogenheit sehen und sich sogar auch für Steuererhöhungen aussprechen.

Natürlich ist ein „Sparpaket“ generell immer schwierig - alle finden sparen gut, nur nicht bei sich. Kritik wird es immer geben. Hier ist es aber doch ganz klar und deutlich: Einschnitte, bei denen, die am wenigsten haben, bei denen, für die 300 Euro Elterngeld mehr oder weniger essentiell sind - aber nicht bei den „Besserverdienern“, bei denen es bei dem Höchstbetrag von 1.800 Euro bleibt. Auch das muss niemanden wundern, dass die oberen Einkommen keinen Betrag zum Sparpaket leisten müssen!

Die Union lässt sich von der FDP komplett in Gefangenschaft nehmen und erpressen. Offensichtlich ist es für die FDP nur wichtig, an ihrem „mit uns keine Steuererhöhungen“ festzuhalten. Und zu was für einen Preis? Dieses Sparpaket ist für den sozialen Frieden in unserem Land fatal, wird die Schere noch weiter auseinander gehen lassen. Unverantwortlich!

Wo bleibt die angemessene Beteiligung derjenigen, die von der Krise profitiert haben? Die davon profitiert haben, dass der Staat - will sagen die Steuerzahler - eingesprungen sind, um die Banken zu retten und die Finanzmärkte zu stabilisieren? Wo bleibt die Finanztransaktionssteuer? Ja, die Bundeskanzlerin will sich dafür einsetzen! Aber, das dauert und dauert - wohingegen Milliardenpakete innerhalb von einer Woche geschnürt werden! Das ist nicht zu vertreten!

Wir Sozialdemokraten wollen diese Finanztransaktionssteuer - nicht nur, um zu regulieren, sondern auch um diejenigen, die vom staatlichen Eingreifen profitiert haben, an den Kosten zu beteiligen.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung für das „Regierungstraumpaar“ schwindet - das könnte uns fast freuen. Aber das derzeitige Auftreten von Schwarz-Gelb schürt leider die Politikverdrossenheit. Und das kann allen Parteien und dem gesamten politischen System schaden! **Petra Merkel** □

Sprengsatzanschlag verurteilt

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat den Sprengsatzanschlag auf Polizisten am vergangenen Samstag verurteilt.

„Wir sind alarmiert von der eskalierenden Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“, heißt es in der Erklärung. „Gewalt ist in einer demokratischen Gesellschaft niemals ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Den Versuch einer politischen Rechtfertigung für ein solches Vorgehen werden wir nicht akzeptieren. Es ist das gute Recht und die demokratische Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu demonstrieren. Dieser kriminelle und brutale Sprengsatzanschlag von Extremisten auf der ansonsten friedlichen Demonstration am Samstag pervertiert dieses demokratische Freiheitsrecht - und das berechnete politische Anliegen der friedlichen Teilnehmer/innen. Unsere Solidarität gilt den verletzten Polizeibeamten, die zum Schutz der friedlichen Allgemeinheit den kriminellen Gewalttättern entschlossen entgegentreten sind.“ **PM** □

Einigung bei Kudamm-Bühnen

Die Einigung zwischen Theaterintendant Martin Woelffer und dem irischen Investor Ballymore Group über den Umbau der Kudamm-Bühnen ist von der SPD-Kulturpolitikerin Brigitte Lange begrüßt worden.

Mit dem Konzept wird auch die Forderung Brigitte Langes erfüllt, dass es einen eigenständigen Eingang für die Bühne am Kurfürstendamm geben muss. „Die geplante Panoramaterasse bietet eine reizvolle architektonische Lösung, die zusätzlich zum Publikumsmagneten werden kann.“ Der frühere Entwurf des britischen Architekten Chipperfield zur Neugestaltung des Ku'damm-Karrees hatte lediglich einen abseitigen Eingang an der Uhlendammstraße vorgesehen. **PM** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Sparpaket:

Schieflage beschlossen

Viele Berlinerinnen und Berliner von Kürzungen betroffen

Selten war die Übereinstimmung vom Gewerkschafter bis zum Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates so groß wie bei der Beurteilung des Sparpakets der Bundesregierung: Es ist sozial unausgewogen. Viele Maßnahmen bleiben im Vagen. Aber die konkreten Maßnahmen treffen sozial Schwächere. Und das hat besondere Auswirkungen auf eine Stadt wie Berlin.

Als „eine einzige Enttäuschung“ für die Kommunen und ihre angespannten Haushalte hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit das Sparpaket der Bundesregierung bezeichnet. Den Kommunen drohe durch die Unbestimmtheit einiger Sparvorschläge die Gefahr, dass sich die Lage am Ende zusätzlich verschärft. Entlastende Maßnahmen sind nicht in Sicht.

So werden durch die Abschaffung des Rentenzuschusses für Hartz-IV-Empfänger Kosten lediglich in die Zukunft verschoben – zu Lasten der Kommunen. Denn auf sie kommen dann zusätzliche Ausgaben bei der Grundsicherung für Ältere zu. Klaus Wowereit: „Es sind vor allem die Sozialausgaben, die die kommunalen Haushalte stark belasten. Eine Entlastung gerade in diesem Bereich, wie von der SPD seit Langem gefordert, wird von der schwarz-gelben Regierung weiter verweigert. Die Möglichkeit, durch die Rücknahme des klientelorientierten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, mit dem diese Bundesregierung die Kommunen in zusätzliche Kalamitäten bringt, wurde nicht in Erwägung gezogen.“ Damit aber sei die Haushaltslage der Länder und Kommunen noch zusätzlich verschärft worden.

Durch die einseitigen Sparvorschläge zu Lasten der Einkommensschwachen sieht der Regierende Bürgermeister den soziale Zusammenhalt „massiv gefährdet“. Wowereit: „Dort, wo die Menschen zusammenleben, in den Kommunen, wird diese soziale Schieflage am Deutlichsten zu spüren sein. Die Bundesregierung agiert erneut bar jeglicher sozialer Verantwortung. Dieses Paket folgt nur einer Idee: Denjenigen was wegzunehmen, die ohnehin keine Lobby in diesem Land haben.“ Wowereit: „Berlin wird diesen Weg nicht mitgehen und die falsche Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung im Bundesrat nicht unterstützen.“

„Wer die Situation der Familien und Migranten hier in der Hauptstadt vor Augen hat, ist erschüttert über das Sparvorhaben“, stellt Diakoniedirektorin Susanne Kahl-Passoth fest. Insbesondere in den Bereichen der Eingliederungsleistungen sol-



Soziale Schieflage verhindern: Der DGB kündigt weitere Protestaktionen an. Foto: Horb

len 10 Milliarden Euro bis 2014 eingespart werden. Das, so die Diakoniedirektorin, seien die Bereiche, die es möglich machen sollen, dass Menschen in Arbeit gebracht werden. Sei es durch Ausbildungs-, Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen. Das gelte insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund und alleinerziehende Frauen.

Beide Gruppen belegen in der Berliner Arbeitslosenstatistik die vordersten Plätze. Die Ausländer mit einem Anteil von 20,8 Prozent und die Frauen mit 42,6 Prozent. Ähnlich sieht es auch im Land Brandenburg aus. Die Spar-Entscheidung stehe im direkten Widerspruch zu den in den vergangenen Jahren getätigten Bemühungen, Chancen anzubieten, aus dem bestehenden Kreislauf von Arbeitslosigkeit und Hartz-IV auszubrechen.

Susanne Kahl-Passoth kritisiert den Mangel an Investitionen, die auf die Zukunft ausgerichtet sind: „Was mich persönlich sehr ärgert ist, dass Zukunftsperspektiven eingespart werden, die für die gesamte Gesellschaft relevant sind. Keine Ausbildung: Wenn überhaupt Arbeitsplatz, dann mit schlechtem Verdienst, kein Arbeitsplatz bedeutet kein Geld. Für beide Fälle gilt, es werden Transferleistungen vom Staat notwendig. Und weitere Folgen sind eine weiterhin steigender Mangel an qualifizierten Fachkräften, z.B. in der Pflege und eindeutig eine nächste Steuererhöhung direkt oder indirekt für alle.“

„Nach den Plänen der Bundesregierung soll der alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerin das Elterngeld gestrichen werden, der Hausfrau mit gut verdienendem Ehemann aber nicht“, kritisiert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Einkommenverluste bei denen, die jeden Cent brauchen, lassen die Kaufkraft weiter sinken und schlagen sich in der Binnenkonjunktur nieder. **uh □**

Stellungnahmen:

„Der soziale Frieden wird zerstört“

Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 6oplus: „Wir sind empört über die von der schwarz-gelben Regierungskoalition beschlossenen Sparmaßnahmen, die sich überwiegend zu Lasten der Ärmsten auswirken, während die Begüterten verschont bleiben. Besonders die Maßnahmen gegen Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger, insbesondere die Streichung der Rentenzuschüsse und des Elterngeldes, sind unsozial sondergleichen und wirken wie eine Bestrafung, so als hätten die Arbeitslosen ihr Schicksal selbst verschuldet. Wir Berliner Seniorinnen und Senioren fordern die Abgeordneten im Bundestag auf, diesen unsozialen Sparmaßnahmen nicht zuzustimmen, denn sie zerstören den sozialen Frieden in unserem Land.“

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß: „Während die Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik, in die ALG II - Struktur und in das Eltern- und Wohngeld sehr konkret und schnell umsetzbar sind, liegt insbesondere über den behaupteten „beträchtlichen“ Belastungen für die Unternehmen ein großer Nebel der Ungewissheit und der Unklarheit.“

NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU): „Als Länder werden wir bei der Umsetzung des Sparpakets sehr genau darauf achten, dass hier nicht ein gigantischer Verschiebeparkplatz stattfindet und zwar zu Ungunsten der Rentenversicherung und zu Ungunsten der Länder und Kommunen.“

Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes: „Die Streichung des Elterngeldes bei Hartz-IV-Empfängern und die Senkung der Bemessungsgrundlage des Elterngeldes zeigt, diese Bundesregierung hat kein Herz für Kinder und Familien. Anstelle von Kürzungen brauchen wir dringend Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe, die Bildung- und die Sozialpolitik. Im europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung kann sich Deutschland keine weitere Marginalisierung der sozial Schwachen leisten. Das Deutsche Kinderhilfswerk ruft die Bundesregierung auf, in die Zukunft unseres Landes zu investieren. In Deutschland sind nach aktuellen Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerkes fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche von Armut betroffen, d.h. keine andere Altersgruppe ist so stark betroffen. Besonders schwierig ist die Situation in Familien mit nur einem Elternteil und für Familien mit Migrationshintergrund. Dort darf der Rotstift nicht angesetzt werden.“ **BS □**

Humboldt-Forum:

„Ein teurer Sparbeschluss“

Verschiebung des Baubeginns führt zu hohen Sanierungskosten in Dahlem

Die geplante Verschiebung für den Bau des Humboldt-Forums könnte ein teurer Sparbeschluss werden. Bis zu 200 Millionen Euro werden für die Sanierung des Museumsstandortes Dahlem benötigt, schätzt Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, wenn die dortigen Einrichtungen nicht wie geplant ins Humboldt-Forum umziehen können.

Es gehe eben nicht um ein „Luxusprojekt“ oder um restaurative Politik, wie die Ablehner der Schlossfassade meinen, betont Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse. „Vielmehr soll die grandiose Idee der Gebrüder Humboldt vollendet werden: Nachdem auf der Museumsinsel das Ganze der europäischen Kultur gesammelt und dargestellt ist, soll in der Mitte der deutschen Hauptstadt die außereuropäische



Brachfläche Humboldt-Forum: Die Bundesregierung will den Baubeginn verschieben. Foto: Horb

Kultur präsentiert und so ein Dialog der Weltkulturen ermöglicht und inszeniert werden. Das gibt es nirgendwo sonst auf der Welt!“ Was Thierse besonders ärgert:

Etliche milliardenschwere Autobahn- und Verkehrsprojekte, die problemlos verschoben werden könnten, werden ohne Abstriche weiter verfolgt.

„Die Verschiebung bis mindestens 2014 bedeutet, dass die Zukunft dieses wichtigen Projekts völlig ungewiss ist. Das bedeutet aber auch eine erneute persönliche Niederlage für Bundeskanzlerin Angela Merkel, die das Projekt bisher ebenso wie Kulturstaatsminister Bernd Neumann unterstützt hatte“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. „Jetzt stellt Schwarz-Gelb die mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse des Deutschen Bundestages in Frage, denen jahrelange öffentliche Debatten über die angemessene Gestaltung der Berliner Mitte vorausgegangen waren. Das ist ein kulturpolitisches Armutszeugnis.“

BS □

Durchgerechnet

Die Auswirkungen des schwarz-gelben Sparpakets am Beispiel des Bezirks Spandau

Mindestens 6000 Spandauerinnen und Spandauer werden die geplanten Kürzungen im Rahmen des Sparpaketes der Bundesregierung bald direkt spüren. Das ergeben Berechnungen des Spandauer Sozialstadtrats Martin Matz (SPD). Allein 2.460 Haushalte, die derzeit einen Heizkostenzuschuss erhalten, werden künftig zwischen 11 bis 27 Euro weniger oder gar kein Wohngeld erhalten. Auch die Abfederung des Überganges vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II wird gestrichen. Davon werden in Spandau allein ca. 900 Menschen betroffen sein.

„Das enorme Haushaltsdefizit soll nun vor allem durch Einsparungen im sozialen Bereich bekämpft werden, denn diese sind schnell und konkret umsetzbar. Die Planungen, Subventionen abzubauen oder aber die Banken zur Kasse zu bitten, sind so schwammig, dass mit einer Umsetzung so schnell nicht zu rechnen ist“, so der Spandauer SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz. Seine Alternative: „Angesichts dieser Haushaltslage müssen hohe Einkommen und große Vermögen höher besteuert werden.“

Martin Matz zweifelt an der Wirksamkeit einiger Sparmaßnahmen. „Wenn jetzt die Wohngeld beziehenden Haushalte wieder auf die aufstockenden Leistungen vom Arbeitslosengeld II angewiesen sind, fallen auch staatliche Kosten an. Dass der Bundeshaushalt saniert werden muss, ist un-

bestreitbar. Es fehlen jedoch soziale Ausgewogenheit und Gerechtigkeit. Erst vor einem halben Jahr wurde die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen gesenkt, aber nun beim Sparen geht es zunächst an diejenigen, die ohnehin jeden Cent zweimal umdrehen müssen.“

DEUTLICH WENIGER WOHNELD

Zum 1.1.2009 wurde das Wohngeld auf Betreiben der SPD in der Union/SPDKoalition von durchschnittlich 90 auf nun 140 Euro monatlich erhöht. Darin enthalten ist ein neuer Heizkostenzuschuss, der 24 bis 49 Euro monatlich beträgt. Derzeit erhalten nach Berechnungen von Martin Matz etwa 2.460 Haushalte mit über 4.000 Menschen in Spandau Wohngeld. Wenn der Heizkostenzuschuss wegfällt, mindert sich das Wohngeld für jeden dieser Haushalte.

Alleinstehende Wohngeldempfänger/innen werden zwischen 11 und 27 Euro weniger, Mehrpersonenhaushalte etwa mindestens 12 bis 15 Euro weniger Wohngeld im Monat erhalten. Einige Haushalte würden ihr Anrecht auf Wohngeld ganz verlieren, so etwa die Alleinstehenden zwischen 820 und 840 Euro Monatseinkommen. Außerdem würden durch die niedrigere Förderung ein Teil der Haushalte, die vom aufstockenden ALG II auf Wohngeld gewechselt sind, wieder zum JobCenter in den dortigen Leistungsbezug zurückkehren. Die Reform sollte aber u.a. dazu beitragen, dass

sie als Erwerbstätige nicht mehr darauf angewiesen sind, stellt Martin Matz fest.

Den Zuschlag nach § 24 SGB 2 erhalten derzeit etwa 450 Haushalte in Spandau, in denen etwa 900 Menschen leben. Dieser Zuschlag federt den Unterschied zwischen dem Arbeitslosengeld I, das meist in den ersten 12 Monaten der Arbeitslosigkeit gezahlt wird, und dem Bedarf, der der Berechnung des Arbeitslosengeldes II zugrunde liegt, ab. Das bedeutet beispielsweise: Ein Arbeitsloser mit 1100 Euro Arbeitslosengeld I (das ja bereits eine Einkommenseinbuße darstellt) hätte im Arbeitslosengeld II nach Ablauf von 12 Monaten nur noch Anspruch auf bis zu 737 Euro (Differenz 363 Euro). Von der Differenz darf er bis zu 2/3 zwei Jahre lang zusätzlich als Zuschlag beziehen, das wären 242 Euro monatlich. Dieser Betrag darf jedoch im ersten Jahr 160 Euro und im zweiten Jahr 80 Euro nicht überschreiten. Also würde sein Einkommen von 1.100 Euro über 897 und 817 Euro auf 737 Euro jährlich schrittweise sinken.

Nach den Plänen der Bundesregierung käme er sofort von 1.100 Euro auf 737 Euro im zweiten Jahr der Arbeitsuche, denn sie hält die „Notwendigkeit des befristeten Zuschlages beim Arbeitslosengeld II [für] überholt“ (Seite 4 der Eckpunkte). Der Zuschlag beträgt derzeit in Spandau pro Haushalt durchschnittlich gut 100 Euro im Monat in 450 Haushalten, die sich teilweise im ersten und teilweise im 2. Jahr der Zuschlagszahlung befinden.

PM/BS □

Gesundheit:

„Zukunftsentscheidung“

Stärkere Kooperation von Charité und Vivantes

Die Charité muss keinen ihrer Standorte in Mitte, Wedding und Steglitz schließen. Das hat der Senat jetzt beschlossen.

Der Erhalt der drei Standorte, so der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, sei wesentlich für exzellente Forschung, qualitativ hochwertige Krankenversorgung und zukunftsorientierte akademische Lehre. Die drei bettenführenden Standorte bleiben weiterhin Universitätsklinikum und gewährleisten damit die Verbindung von medizinischer Versorgung in der Praxis mit hochaktueller Forschung.

Zur Realisierung der zurzeit anstehenden Investitionsvorhaben werden der Charité rund 330 Mio. € zur Verfügung gestellt. Sie werden vorrangig für die Sanierung in Mitte eingesetzt. Über Umfang und Zeitpunkt weiterer notwendiger Investitionen, insbesondere am Campus Benjamin Franklin und auch am Campus Virchow Klinikum, wird spätestens zur Aufstellung des Haushaltsplans 2014/2015 entschieden. Damit, so Zöllner, gebe es für alle Standorte eine langfristige Investitionsperspektive.

Im Rahmen einer zukünftig auch unter wirtschaftlichen Aspekten zielführenden



Charité in Mitte: Für die Sanierung werden 330 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Foto: Horb

Entwicklung wird die Charité 500 Betten abbauen, davon 200 zum 1. Januar 2012. Weiterhin sollen Synergien einer verstärkten Kooperation zwischen Charité und Vivantes genutzt werden. Durch gemeinsame Projekte zum Einkauf von Produkten bzw. zur Erstellung medizinischer Leistungen sollen jährliche Einsparungen von mindestens 45 Mio. € erreicht werden, sobald die entsprechenden Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Die Zukunftsentscheidung für die Charité eröffne der Universitätsmedizin Berlin sofortige Investitionsmöglichkeiten für die kommenden Jahre, so Zöllner. **BS □**

Gedenken

Rosen zum 17. Juni

Mit tausend roten Rosen hat die SPD Mitte auch in diesem Jahr an die Opfer des Arbeiteraufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 erinnert.

An diesem Tag demonstrierten über 300.000 Menschen für freie Wahlen. Bei der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes kamen 21 Demonstranten zu Tode. Die Rosen wurden von SPD Mitgliedern aus Mitte am Denkmal vor dem Bundesfinanzministerium niedergelegt. **BS □**

Brunnenviertel:

KulturSommerfest

Zum KulturSommerfest laden die SPD im Brunnenviertel und der SPD-Abgeordnete Ralf Wieland am Sonnabend, d. 19 Juni von 14 bis 19 Uhr.

Ein umfangreiches musikalisches Bühnenprogramm sorgt in der Stralsunder Straße (zwischen Brunnenstraße und Wolgaster Straße) für kurzweilige Unterhaltung. An zahlreichen Ständen informieren Vereine und Initiativen aus dem Kiez über ihre Arbeit. Für jüngere Besucher gibt es Glücksrad, Kinderschminken und Sackhüpfen. Selbstverständlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt: Heißes vom Grill, Süßes vom Blech und Kaltes aus Hahn und Flasche erfreuen den Gaumen. **BS □**

Solidarität macht Mut im Kampf gegen Rechts

Akademie der Künste unterstützt das neue „Haus der Demokratie“ in Zossen

Unter dem Titel „Demokratie verteidigen“ hatte die Akademie der Künste zum 34. Akademiegespräch geladen. Gekommenen waren neben Akademiepräsident Klaus Staeck und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer unter anderem die Akademiemitglieder Iris Berben, Dieter Hildebrandt und Günter Lamprecht. Ihr Thema: die Folgerungen aus dem Brandanschlag auf das Haus der Demokratie in Zossen.

400 Menschen waren der Einladung gefolgt. Auch 60 EinwohnerInnen aus Zossen waren mit einem Bus gekommen. Durch das Programm führte Karsten-Uwe Heye, Vorwärts-Chefredakteur und Vorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen!“. Zu Anfang trug die SchauspielerIn Inge Keller den Spiegel-Artikel von Stefan Berg über die Vorgänge in Zossen vor. Emotional führte sie so den Anwesenden vor, was sich dort in Zossen in der Januarnacht 2010 ereignete.

Manfred Meyer ging in seinem Vortrag auf Symbole der neuen Nazis ein. Anschaulich verdeutlichte er die braune Gefahr im



Zossener Initiative beim Akademiegespräch.

Foto: Jürgen Jänen

Netz. In der anschließenden Diskussionsrunde mit Klaus Staeck, Jörg Wanke, Vorsitzender des Vereins „Zossen zeigt Gesicht“, der CDU Bundestagsabgeordneten Monika Grütters, dem Schriftsteller György Dalos und dem Generalstaatsanwalt von Brandenburg Erardo Rautenberg wurde grundsätzliches über braune Gewalt und der aktuellen Entwicklung zu Gunsten rechter und rechtspopulistischer Parteien in den europäischen Nachbarstaaten beleuchtet.

In seinem Grußwort ging der DGB Vorsit-

zende Michael Sommer auf zivilrechtliches Engagement und einen Rechtsstaat, der Courage zeigt, ein. „Kampf gegen Rechts darf nicht zu einer Feiertagsveranstaltung verkommen, sondern muss im täglichen Leben geführt werden“, so der DGB Vorsitzende. Er unterstütze Zossen im Wiederaufbau. Filmausschnitte aus Michael Verhoevens Film „Der unbekannte Soldat“ verdeutlichten, wie die Rechten agieren.

Bewegend war die Lesung von Iris Berben aus dem Buch „Manja“. In diesem Buch wird die Geschichte von fünf Familien zur NS Zeit beschrieben. Der emotional vorgelesene Teil war so ergreifend, dass tiefe Stille im Raum herrschte.

Zum Abschluss brachte der Kabarettist Dieter Hildebrandt die Probleme satirisch auf den Punkt. Das Publikum dankte es mit stehenden Ovationen.

Für das Haus der Demokratie wurden an diesem Abend über 5000 Euro gesammelt, ein erster Anfang den Wiederaufbau zu finanzieren. Solche Veranstaltungen machen Mut im Kampf gegen die Ewiggestrigen. **Jürgen Jänen □**

2. Ideenkonferenz:

Berlin als moderne Industriestadt

Frank Jahnke im BS-Interview: Zukunftsbranchen und Zukunftsorte benennen

Die Berliner Ideenkonferenz hat der Debatte um den Industriestandort Berlin wichtige Impulse gegeben, sagt Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, im Interview mit der Berliner Stimme.

BS: Vernetzung war einer der am häufigsten genannten Begriffe auf der 2. Ideenkonferenz. Ist es der SPD gelungen, mit der Konferenz einen Beitrag dazu zu leisten?

Frank Jahnke: Ich denke ja! Vernetzung beginnt doch genau damit, dass Leute aus unterschiedlichen Bereichen, die jedoch für die Bearbeitung eines Themas, für die Lösung eines Problems gemeinsam einen Beitrag leisten müssen, zueinander finden. Das Projekt einer neuen Industrialisierung Berlins ist eine solche Aufgabe, die nur durch das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichsten Akteure aus Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden, aus Wissenschaft und Politik gelingen wird.

GANZ UNTERSCHIEDLICHE
MENSCHEN ZUSAMMENBRINGEN

Die Stärke des Instruments einer Ideenkonferenz liegt in der Fokussierung auf ein derartiges komplexes Thema und in der gezielten Ansprache ganz unterschiedlicher Menschen innerhalb und außerhalb der Partei auf eben dieses Thema. Es eint sie das Interesse an diesem Projekt und ihre Bereitschaft, hierfür einen Beitrag zu leisten - so unterschiedlich ihre politische Herkunft sonst auch sein mag. Auf diese Weise bekommt man den Betriebsratsvorsitzenden von Bayer-Schering und die aktive mittelständische Unternehmerin an einen Tisch und kann die Empfehlungen einer Consulting-Gesellschaft oder eines Hochschulprofessors direkt mit praktischen Erfahrungen konfrontieren. Auch aus der Partei heraus finden sich bei solchen Foren Genossinnen und Genossen ein, die ein großes Potential darstellen, aber nur zu bestimmten Themen mitarbeiten wollen. So meldete sich beispielsweise in dem von mir geleiteten Panel 1 auf der Ideekonferenz eine Genossin zu Wort, die bis vor wenigen Jahren noch Oberbürgermeisterin von Tübingen war und mit Industrieansiedlungen und Bestandspflege in Baden Württemberg wichtige Erfahrungen sammeln konnte, die auch hier für uns von Nutzen sein können. Wir werden sie in das Netzwerk einbinden.

BS: Auf der Konferenz lag ein Positionspapier der Berliner SPD vor, das aus dem Fachausschuss Wirtschaft heraus erarbei-



Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, ist stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaft der Berliner SPD. Foto: Pauk

tet wurde (siehe BS vom 5. Juni). Hielten die Thesen dem Diskussionsprozess auf der Konferenz stand?

Frank Jahnke: Ich fand in den Beiträgen vieles von dem wieder, was wir in unserer Arbeitsgruppe im Fachausschuss Wirtschaft zuvor diskutiert und in den Thesen zusammengefasst haben. Natürlich kann aber die Beschreibung eines komplexen Sachverhalts in einigen prägnanten Thesen stets nur ein Teilbild der Wirklichkeit sein. Ich glaube, wir haben durch die Beiträge auf der Konferenz wertvolle zusätzliche Anregungen erhalten und Gesichtspunkte erfahren, die bei der Ausarbeitung unserer Thesen zu einem Antrag für den Landesparteitag und damit letztlich bei der Formulierung unseres Wahlprogramms 2011 eine wichtige Rolle spielen werden. Und genau hierzu sollte eine „Ideenkonferenz“ dem Wortsinn nach ja auch beitragen!

BS: Was kann die SPD an konkreten Arbeitsaufträgen aus solch einer Konferenz mitnehmen?

Frank Jahnke: Ohne dem Diskussionsprozess an dieser Stelle vorgreifen zu wollen, möchte ich drei entscheidende Felder nennen. Erstens kommt es auf eine offensive Darstellung Berlins als moderne Industriestadt auf allen Ebenen an. Die bereits erwähnte Genossin aus Baden-Württemberg beispielsweise merkte an, dass Berlin ihr bislang zwar als Kulturstadt, als Ort für

„hippe Events“ u.ä. bekannt geworden sei, aber zur Industrie sei ihr bislang nicht viel mehr als Siemens oder Osram aufgefallen. Und dies ist kein Einzelfall! Die meisten Besucherinnen und Besucher unserer Stadt sowie auch viele Einheimische nehmen kaum zur Kenntnis, welche Juwelen Berlin in der Energietechnik, in der Pharmaindustrie, aber auch bei sehr bekannten Produkten der Lebensmittelindustrie besitzt. Die hier entwickelten Produkte müssen in Berlin auch viel sichtbarer zum Einsatz kommen - beispielsweise im Bereich der Schienenverkehrstechnik, wo wir mit Bombardier und Stadler zwei der führenden Unternehmen dieser Branche in unserer Region haben.

Zweitens müssen in Berlin neben den Zukunftsbranchen, die wir als Kompetenzfelder definiert haben und die sich gut entwickeln, auch konkrete Zukunftsorte benannt und professionell gemanagt werden. In Adlershof oder Buch geschieht dies bereits. Doch es gibt viele weitere zukunftssträchtige Areale, beispielsweise um die TU und die UdK in Charlottenburg, die Flächen des ehemaligen Flughafens Tempelhof und demnächst auch Tegel, sowie in Marzahn oder Oberschöneweide. Überall dort muss es zu einer Verknüpfung des enormen Potentials aus Wissenschaft und Forschung mit neuen Produkten kommen. Wie es Hardy Schmitz von der WISTA GmbH aus Adlershof auf der Konferenz formulierte: Flächen haben wir viele, aber Flächen müssen zu Standorten werden! Genau das ist Aufgabe der Politik.

ROHSTOFF WISSEN

Drittens kommt es auf unseren wichtigsten Rohstoff an: Das Wissen und die Qualifikation der hier lebenden Menschen! Ausbildung und Weiterbildung, im akademischen Bereich ebenso wie bei Facharbeiterinnen und Facharbeitern, wird die Schlüsselfrage unserer Industriegesellschaft und natürlich auch des Industriestandortes Berlin sein. Im Moment haben wir hierin noch einen echten Standortvorteil. Doch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und eines noch immer viel zu hohen Anteils von Schulabsolventen ohne Ausbildung, müssen hier die größten Anstrengungen unternommen werden, um auch in zehn oder zwanzig Jahren auf diesem Feld noch konkurrenzfähig zu sein und - das ist das Wichtigste - den Menschen in Berlin eine berufliche Perspektive zu bieten!

Fragen: U. Horb □



Foto: Horb

Praktiker: Betriebsrat Yüksel Karaaslan, Unternehmerin Gabi Grützner, Uwe Luipold.



Foto: Jähren

Gute Voraussetzungen durch engagierte Bildungspolitik: der SPD-Vorsitzende Michael Müller.



Foto: Paik

Aus Flächen Standorte machen: Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

DGB Berlin-Brandenburg:

Ersatz für den Blaumann

Im Interview: Christian Hoßbach über die Veränderung von Industriearbeit und die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze

Zu einer gesunden Wirtschaftsstruktur gehört das Miteinander von Industrie und Dienstleistungen, sagt Christian Hoßbach, stellvertretender Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg, im Interview mit der Berliner Stimme. Ausgehend von der Industrie entwickeln sich auch anspruchsvolle und gut bezahlte Dienstleistungsjobs.

Berliner Stimme: „Neue Industrialisierung“ hieß das Schlagwort über der 2. Ideenkonferenz der Berliner SPD. Sie waren für den DGB Berlin-Brandenburg dabei. Teilen Sie den Optimismus, dass in Berlin Industriearbeitsplätze in wirklich nennenswertem Umfang neu entstehen können?

Christian Hoßbach: Die Chancen sind da. Die Berliner Industrie ist heute kleiner, aber sehr viel innovativer und zukunftsfähiger aufgestellt als in den neunziger Jahren. Dazu kommen die riesigen Potentiale unserer Hochschulen. Der zweite Punkt der mich einigermaßen zuversichtlich stimmt: Inzwischen wird die Notwendigkeit einer Berliner industriellen Basis anerkannt - in der Politik, in den Medien und in den Verwaltungen. Es kommt jetzt darauf an, dass tatsächlich auf allen Politikfeldern für die notwendige Verbreiterung der industriellen Basis gearbeitet wird und es nicht bei Ankündigungen bleibt.

BS: Die große Zahl von Jobs im Dienstleistungsbereich hat Berlin etwas glimpflicher durch die jüngste Krise kommen lassen. Was spricht da für mehr Industrie?

Christian Hoßbach: Am Wirtschaftswachstum 2009 finde ich ganz besonders bemerkenswert, dass die Berliner Industrie nur ein Drittel des Rückgangs im Bundesdurchschnitt kassieren musste. Das ist ein positives Signal und deutet an, dass überdurchschnittliches Wachstum der Industrie realistisch sein kann. Derzeit haben



Christian Hoßbach ist stellvertretender Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg. Foto: Horb

wir halb so viele Industriearbeitsplätze wie Frankfurt, also Industriearbeitsplätze pro 1.000 Einwohner. Und Frankfurt gilt als die deutsche Dienstleistungsmetropole schlechthin. Allein das sollte zeigen, wie groß die Lücke zu einer gesünderen Wirtschaftsstruktur ist. Es geht doch nicht um ein „Entweder Industrie oder Dienstleistungen“. Im Gegenteil, ausgehend von der Industrie entwickeln sich auch anspruchsvolle und gut bezahlte Dienstleistungsjobs. Es wird viel zu oft übersehen, dass viele Arbeitsplätze bei den Dienstleistungen entweder mit Ausbeutung oder mit Selbstausbeutung funktionieren.

BS: Wenn es um innovative, nachhaltige Produktion geht: Wo sehen Sie Stärken Berlins, wo muss aus Ihrer Sicht nachgelegt werden?

Christian Hoßbach: Das überdurchschnittliche Ergebnis im letzten Jahr hat viel mit den Bereichen Energietechnik, Pharma und Medizintechnik zu tun, die strukturell wachsen. Auch in solchen Bereichen wie E-Mobilität, Biotechnologie oder

Fortsetzung Seite 8

2. Berliner Ideenkonferenz: Berlin bietet Raum für innovative Industrie

Neue Ideen für die Industrialisierung Berlins und die Schaffung neuer Arbeitsplätze standen im Mittelpunkt der 2. Berliner Ideenkonferenz der SPD. In der Diskussion mit den Berlinerinnen und Berlinern, mit Gewerkschaftern und Wirtschaftsfachleuten wurden neue Wege zur Entwicklung der Wirtschaftskraft Berlins diskutiert.

„Neue Industrialisierung – Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften“ – dabei geht es nicht mehr um rauchende Schornsteine. Vielmehr diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Praktiker aus den Betrieben und Konferenzteilnehmer die Frage, wie aus dem Zusammenspiel von Denkfabriken, mittelständischen Unternehmen und Großbetrieben zukunftsträchtige und an Nachhaltigkeit orientierte Arbeitsplätze entstehen können.

In ihrer Begrüßung wies die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Barbara Loth auf die historischen Veränderungen in der Berliner Industrie hin. Nach der großen Zeit der Industriestadt Berlin habe es einen Niedergang und den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze gegeben. Inzwischen habe sich eine neue innovative Industrie entwickelt.

Unumstritten war auf der Konferenz die Einsicht, dass die Stadt nicht allein auf Dienstleistungen setzen kann, sondern Industriearbeitsplätze benötigt. Wichtigste Ressource dabei: das Wissen der Menschen. Deshalb bleibt die Bildungspolitik ein wichtiges Feld.

Noch liegt die Wirtschaftsleistung in Berlin, die aus der Industrie entsteht, nur bei 13 Prozent – im Bundesdurchschnitt beträgt sie 23 Prozent. Berlin hat aber gute Grundlagen: mit einer Reihe von zukunftsfähigen Zukunftsbranchen, mit hervorragenden Wissenschaftseinrichtungen und einem innerstädtischen Flächenangebot, das in anderen Metropolen kaum denkbar ist.

U. H. □

Fortsetzung von Seite 7

Verkehrstechnik gibt es starke Unternehmen. Die Hauptaufgabe liegt darin, das weitere Wachstum dieser vorhandenen Unternehmen zu unterstützen. Und das sind wir immer wieder bei den Querschnittsaufgaben Fachkräfte-sicherung und Wissenstransfer.

BS: Neue Industrien brauchen auch neue Fachkräfte. Muss in Berlin mehr für die Ausbildung getan werden?

Christian Hoßbach: Schon wenn wir von der bestehenden Wirtschaftsstruktur ausgehen, ist der Fachkräftebedarf enorm - und wir wollen ja keine Stagnation, sondern Wachstum. Deswegen ist es klar, dass die Betriebe ihre Ausbildungsquoten erhöhen müssen, dass mehr für Weiterqualifizierung getan wird und dass besser z.B. auf Gruppen zugegangen wird, die bisher wenig in den industriellen Bereichen tätig sind. Und wir müssen uns um das Image von Industriearbeit kümmern. Es geht ja häufig nicht mehr darum, ölverschmiert

im Blaumann herumzulaufen, sondern um spannende Arbeit im Reinraum, um es plakatig zu sagen.

BS: Wirtschaft, Gewerkschaften und Berliner Senat haben Anfang Mai ein gemeinsames Leitbild zur Industriepolitik unterzeichnet. Wie läuft dort die Zusammenarbeit?

Christian Hoßbach: Wir sind zufrieden, und wir wollen natürlich noch mehr erreichen. Wir halten es für richtig, dass es bald einen „Masterplan Industriepolitik“ gibt, und wir haben die Einrichtung des Steuerungskreises „Industriepolitik“ beim Regierenden Bürgermeister sehr begrüßt. Schließlich haben wir lange für eine aktive Industriepolitik gestritten. Dass jetzt die beteiligten Senatsverwaltungen, die Kammern, die Verbände und wir als Gewerkschaften regelmäßig an einem Tisch sitzen und verbindlich zusammenarbeiten, ist ein echter Fortschritt.

BS: Auf der SPD-Ideenkonferenz wurde auch die Frage gestellt, wie Berlin im Jahr

2020 aussehen soll. Was ist Ihre Vision als Gewerkschafter?

Christian Hoßbach: Ich würde es großartig finden, wenn wir Lösungen für Menschheitsprobleme liefern und selbst davon gut leben können. Ob das Energietechnik oder neue Pharmaprodukte sind. Und dass wir nachhaltige Lösungen für das Leben in Metropolen entwickeln, etwa im Verkehrsbereich. Das wäre im eigenen Interesse, aber auch daraus können Exportartikel werden, denn immer mehr Menschen leben in großen Städten. Ich erwarte weniger Arbeitslose, weniger Parallelgesellschaften, gleiche Bildungschancen, mehr Durchlässigkeit, sonst wird es schwierig mit Visionen. Und wir brauchen einen industriellen Kern, der bei der Beschäftigung mindestens das Niveau des Jahres 2000 erreicht. Das wären etwa 30.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr als heute, mit den bekannten, positiven Folgen für Zulieferer und Dienstleister.

Fragen: U. Horb □

2. Ideenkonferenz:

Die Vorteile Berlins nutzen

Ergebnisse aus den Panels: Vernetzung schaffen, Standorte entwickeln, neue Wachstumsstrategien

PANEL#1: „ZUKUNFTSORTE“

Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, brachte es in seiner Einleitung des Panels auf den Punkt: „Wir haben hier in Berlin zwar viel Fläche, aber Flächen sind noch keine Standorte.“ Im Folgenden ging es also um die Frage, wie solche Flächen zu Standorten für Unternehmen werden können.

Referent Hardy Schmidt (WISTA Management Adlershof) stellte hierzu das Projekt Adlershof als positives Beispiel voran. Uwe Luipold (regioconsult) schilderte, wie das Projekt „Greentec“ realisiert wurde.

In der Diskussion mit den Teilnehmenden wurde schnell deutlich, worauf es als Standortvorteil einer Stadt nicht ankommt: Finanzielle Vergünstigungen. Die beiden Referenten waren sich einig, dass andere Faktoren wesentlich wichtiger sind, wenn es um die Frage geht, in welcher Stadt sich eine Firma niederlässt. Als einige dieser Faktoren wurden unter anderem die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Bauvorhaben genannt oder die Vernetzung zur Forschung vor Ort. Außerdem wurde betont, wie wichtig die von der Politik geschaffenen infrastrukturellen Voraussetzungen sind.

PANEL#2: „FACHKRÄFTE“

Im Blickfeld des zweiten Panels stand, dass die Förderung und die Ausbildung von neuen Fachkräften und neuen Poten-



Diskussionen in drei Panels.

Foto: Horb

zialen eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstelle. Um den Fachkräftemangel zu beseitigen, müssen alle mitmachen – nicht nur die derzeit Beschäftigten.

Die Entwicklung beginnt mit der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen auf der einen Seite und zwischen Hochschulen und Unternehmen auf der anderen. Die präventive Arbeitsmarktpolitik muss preiswerter werden und fachlich äquivalente Fachkräfte ausbilden. Sowohl der Zeit- als auch der Geldmangel sind nur zwei Gründe für Betriebe, nicht in die Personalentwicklung und Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen zu investieren. Investition beginnt nicht damit, sich mit Fachkräften aus dem Ausland einzudecken, sondern damit, unseren eigenen Absolventen Vertrauen entgegen zu bringen.

PANEL#3 – „INDUSTRIE 3.0?“

Vernetzung war das Stichwort des 3. Panels: Tourismus, Technologie, Wirtschaft und Wissenschaft sollten zusammenarbei-

ten. Großkonzerne müssten sich mit innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) vernetzen. Traditionelle Unternehmen müssten mit grüner Technologie arbeiten. Wie schaffen wir die Brücke dazu? Ein Beispiel kam aus dem Publikum: So könnte das Deutsche Museum den Touristen eine wissenschaftliche Ausstellung mit kulturgeschichtlichen Hintergrund anbieten.

Um neue Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen sollten keine Großkonzerne „reangesiedelt“ werden. Anreize für TU-Absolventen müssten geschaffen werden, damit sie nicht zu Siemens nach Erlangen oder München gehen, sondern in Berlin bleiben. Die Stadt Berlin gelte besonders bei jungen Leuten heutzutage als hip wegen ihrer kreativen Szene. Hier werden Fragen und Visionen gestellt, die anderen Ballungsräumen keine Rolle spielen. Daraus bildeten sich neue Unternehmen. Berlin sei Gründungsweltmeister. Doch es müssten neue Wachstumsstrategien entwickelt werden, um neugegründete Unternehmen in der Phase nach dem Start zu unterstützen.

Für die Entstehung von Netzwerken sollten vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssten daher in diesem Bereich gleichermaßen geschult werden. Ebenso sei die Weiterbildung in interkultureller und unternehmerischer Kompetenz wichtig. Was nütze eine Idee, wenn man nicht weiß, wie sie vermarktet und verkauft werden muss?

Till Reiners, Karolin Warme, Petra Wolf □

Wieder Mitglied

Inge Deutschkron erhielt ihr Mitgliedsbuch

Die Journalistin und Autorin Inge Deutschkron, geb.1922, bekannt insbesondere für ihr autobiografisches Werk „Ich trug den gelben Stern“, ist wieder in die SPD eingetreten.

Am 8. Juni nahm sie bei einer Neumitgliederveranstaltung der SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord ihr Parteibuch von Petra Merkel, Bundestagsabgeordnete in Wilmersdorf-Charlottenburg, entgegen.

Inge Deutschkron stammt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus. Der Vater wurde 1933 als Jude aus dem Schuldienst entlassen. Während ihm 1939 die Flucht nach Großbritannien gelang, blieb Inge Deutschkron mit ihrer Mutter in Berlin. Sie arbeitete in der Blindenwerkstatt Otto Weidt und wurde dort vor der Deportation bewahrt. Ab Januar 1943 lebte sie versteckt in Berlin.

„Nach dem 2. Weltkrieg hieß meine Abteilung auch ‚Wilmersdorf-Nord‘“, teilte Inge dem überraschten Vorstand der erst in diesem Jahr durch Fusion entstandenen Abteilung mit. In der Abteilung war Inge Deutschkron auch schon vor der Buchübergabe aktiv. Gemeinsam mit Klaus Schütz rief sie Kirchengemeinden auf, sich am Putzen von Stolpersteinen zu beteiligen.



Inge Deutschkron erhielt ihr Parteibuch von Petra Merkel. Foto: Dietrich

Ihre Inge Deutschkron Stiftung hat das Ziel, insbesondere der jüngeren Generation über den Geschichtsunterricht hinaus Informationen über die Schrecken des Nationalsozialismus in Deutschland zu vermitteln, um dem Wiederaufleben rechtsradikaler Tendenzen entgegenzuwirken, junge Menschen zu Toleranz und Zivilcourage zu ermutigen und darüber hinaus das Andenken an die sogenannten „Stillen Helden“ wach zu halten; Frauen und Männer, die unter hohem persönlichen Einsatz den Verfolgten des Naziregimes geholfen haben.

Frank-Axel Dietrich □

Landesparteitag:

Gemeinsam für eine faire Gesellschaft

Rede von Sigmar Gabriel - Vorstandswahlen - Antragsberatungen

Mit Reden des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller und des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel wird der SPD-Landesparteitag am 26. Juni im Berliner Congress Centrum (bcc) am Alexanderplatz eröffnet. Unter dem Motto „Gemeinsam für eine faire Gesellschaft“ wird sich Gabriel mit der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung auseinandersetzen. Beginn ist um 9 Uhr.

Nach der Aussprache und den Berichten von Landeskassierer, Landesgeschäftsführer und Revisoren steht gegen Mittag die Neuwahl des Landesvorstands auf der Tagesordnung. Unumstrittener Kandidat für den Vorsitz ist Michael Müller. Barbara Loth, Iris Spranger und Marc Schulte wollen ihre Arbeit als Stellvertreter fortsetzen, der bisherige Landeskassierer Mark Rackles ist ebenfalls wieder für den Geschäftsführenden Landesvorstand nominiert. Zur Wahl stehen ferner acht Beisitzerinnen und Beisitzer und drei Berliner Parteiratsmitglieder. In den Landesvorstand gewählt wer-

den auch die zwölf Kreisvorsitzenden und die Vorsitzenden der größeren Arbeitsgemeinschaften.

Im Mittelpunkt der Antragsberatungen steht der Leitantrag „Mieterstadt Berlin“, der in den Kreisen ausführlich beraten wurde. Ziele sind, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, Mietpreistreiber zu stoppen und den ökologischen Wandel der Stadt sozial zu gestalten. Bezahlbarer Wohnraum ist Grundlage für eine sozial ausgewogene Mischung in den Kiezen. Der immer noch hohe Bestand an Wohnungen in kommunalem Eigentum soll erhalten bleiben. Eine wichtige Rolle im Antrag spielen auch Fragen des Mieterschutzes oder der klimagerechten Modernisierung. Zu den Änderungsanträgen gehört der Vorschlag, „im Rahmen der Daseinsvorsorge allen privaten Verbrauchern preisreduzierte Grundkontingente von 500 kWh Strom pro Kopf und Jahr am Ort des ersten Wohnsitzes einzuräumen“. Zu den weiteren Anträgen gehört u.a. die Abstimmung über den Weiterbau der Autobahn A100. **BS** □

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage in Reinickendorf und Wilmersdorf. Die Veranstaltungsreihe „Berliner Stadtteiltage“ der SPD-Fraktion ist nach Moabit/Wedding und Charlottenburg in Reinickendorf und Wilmersdorf zu Gast. Am 9. Juni hat der Stadtteiltag der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jutta Leder stattgefunden. Rund 20 Interessierte nahmen am Vormittag an der Führung durch das Heizkraftwerk Moabit am Friedrich-Krause-Ufer teil. Unter sachkundiger Führung besichtigten sie die technischen Anlagen und nutzen die Möglichkeit, vor Ort über aktuelle Fragen der Energiepolitik zu diskutieren. Danach folgte ein Besuch der Arminius-Markthalle. Jutta Leder diskutierte bei einem Rundgang mit Einzelhändlern und einem Sprecher des zukünftigen Betreibers über das neue Konzept für die Markthalle. An Infoständen in Moabit und im Wedding konnten am Nachmittag Bürgerinnen und Bürger mit Jutta Leder sprechen. Große Sorge und großen Ärger haben bei vielen die aktuellen Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung ausgelöst. Kritisiert wurde vor allem die einseitige Belastung der einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen.

Am 14. Juni hatte die bildungspolitische Sprecherin Felicitas Tesch zum Stadtteiltag in Charlottenburg-Nord eingeladen. Der Tag begann mit einem Besuch des Gottfried-Keller-Gymnasiums mit Bildungsminister Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner und Bezirksstadtrat Reinhard Naumann. Anschließend traf Felicitas Tesch die Stadtteilmütter in Charlottenburg-Nord. Auf dem Programm stand auch eine Führung durch den neuen Kletterpark Jungfernhöhe am Heckerdamm und ein Besuch des Nachbarschaftsladen Tauroggerer Straße 44.

Nächster Stadtteiltag in Reinickendorf. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Hertel wird am 22. Juni die Grundschule in den Rollbergen besuchen. Danach gibt es eine öffentliche Diskussion im Rathaus Reinickendorf zum Thema „Wie funktioniert Politik?“ Im Anschluss besichtigt Anja Hertel unter anderem das Werk der Firma Collonil gemeinsam mit Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum und macht mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer einen Kiezrundgang durch die Cité Foche. Am 30. Juni findet der Stadtteiltag des Parlamentarischen Geschäftsführers Christian Gaebler in Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf statt. Alle Informationen zu Terminen und Programmabläufen der Berliner Stadtteiltage sind im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de zu finden oder können bei Rowena Paeche unter der Telefonnummer 23 25 22 34 erfragt werden. **cs** □



Geschätzte 200.000 Radlerinnen und Radler waren am 6. Juni in der Berliner Innenstadt unterwegs, um an der Sternfahrt zum Umweltfestival teilzunehmen. Auch Berliner SPD-Mitglieder beteiligten sich. Foto: Bärbel Stadler-Leugering



Auf dem Umweltfest an der Straße des 17. Juni war die SPD mit einem Stand vertreten. Thema war hier die Gentechnik. Bereits ab 11 Uhr hatte das Solarcafé des Fachausschusses Umwelt geöffnet. Foto: Schmitting

NOTIZEN AUS DER SPD

Hans-Günter Mahr ist neuer Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Nach der Überwindung einiger interner Turbulenzen hatte die SPD-Fraktion Mitte in der vergangenen Woche Nachwahlen zum Fraktionsvorstand durchgeführt. Zu Mahrs Stellvertreterinnen wurden Annette David und Martina Matischok-Yesilcimen bestimmt. Kassierer bleibt Dieter Allendorf. Schriftführerin ist nach wie vor Clarissa de Sielvie-Quegwer. Neu gewählte Beisitzer sind Joachim Trinte und Boris Wiedenhöfer. „Die Wahl war ein personeller Neuanfang“, so der neue Vorsitzende Hans-Günter Mahr. „An der inhaltlichen Ausrichtung unserer Fraktion wird sich nichts Grundlegendes ändern. Hier sind wir nach wie vor gut aufgestellt, werden weiterhin mit Augen und Ohren dicht bei den Menschen sein und bestmögliche Politikangebote für die Bürgerinnen und Bürger von Mitte unterbreiten.“

Rauchfreies KSH. Im Kurt-Schumacherhaus ist jetzt auch das Foyer zwischen Erika-Heß-Saal und Franz-Künstler-Saal in das Rauchverbot einbezogen, das für die öffentlichen und die vom SPD-Landesverband genutzten Flächen des Hauses gilt. Das hat der Geschäftsführende Landesvorstand Anfang Juni beschlossen.

Arbeitskreis Christen in der SPD in Marzahn/Hellersdorf. Am 02.06.2010 hat sich der Arbeitskreis Christen in der SPD in Marzahn/Hellersdorf konstituiert. Er versteht sich als Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich aus Ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. Sprecher sind Stefan Komoss und Liane Ollech. Der Arbeitskreis will den Dialog mit den Kirchen, kirchlichen Verbänden und Gruppen suchen und durch seine christliche Überzeugung sozialdemokratische Politik bereichern.

Sommerfest der SPD Spandau. Am Sonntag, d. 29. August, findet das traditionelle Sommerfest der SPD Spandau im Wröhmännerpark statt. Das Motto lautet in diesem Jahr „Kunst und Handwerk in Spandau“. Interessentinnen und Interessenten, die ihre Arbeiten auf dem Fest vorstellen möchten, sind herzlich eingeladen, sich anzumelden. Bei dem Fest mit einem attraktiven Bühnenprogramm, Kinderspielen und vielen Überraschungen haben Spandauer Vereine, Institutionen und Projekte die Möglichkeit, sich und ihre Arbeit an Ständen zu präsentieren oder auch das Bühnenprogramm mitzugestalten. Interessenten können sich im SPD-Kreisbüro telefonisch unter 333 71 65 oder per Mail unter kreis.spandau@spd.de anmelden. **BS** □

Zukunft statt Schwarz-Gelb

Frank-Walter Steinmeier beim Mitgliederforum der Berliner SPD

„Zukunft statt Schwarz-Gelb“ - so lautete das Motto des Mitgliederforums, zu dem der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller am 10. Juni eingeladen hatte. Unter seiner Moderation stellte sich Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, den Fragen der zahlreich erschienen Mitglieder.

Während einer der größten Krisen habe Deutschland die schlechteste Regierung der Nachkriegszeit, so Steinmeiers Kritik. Mit einem Auseinanderbrechen der schwarz-gelben Koalition rechnet er gleichwohl nicht: Weder CDU noch FDP hätten derzeit ein Interesse an Neuwahlen. Eindringlich warnte Steinmeier davor, dass aus der jetzigen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Krise der Demokratie wird. Im Vergleich werde nun deutlich, welchen Beitrag die SPD in der großen Koalition geleistet habe.

Schon im Vorfeld hatten die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, Fragen an Frank-Walter Steinmeier zu schicken. Viele der darin angerissenen Themen waren dann auch Gegenstand der Diskussion, die nach dem Impulsreferat von Frank-Walter-Steinmeier stattfand.

Zu den dringendsten Themen gehörte der Umgang mit der Finanzkrise. Die amtierende Regierung kann darauf keine Antworten geben. Befragt nach den Alternativen der SPD bekräftigte Frank Walter Steinmeier die Forderung nach einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte, nach der Einführung der Finanztransaktionssteuer. Steinmeier unterstrich die Forderung nach Einführung einer europäischen Ratingagentur. Denn es sei absurd, wenn Griechenlands Bonität von den amerikanischen Agenturen herabgestuft werde, weil es nicht genug spare, Spaniens Bonität dagegen herabgesetzt wird, weil die Sparmaßnahmen die Binnenkonjunktur schä-

digen könnten. Jetzt müssten die Weichen gestellt werden, um künftige Krisen zu verhindern.

Wie kommen wir jetzt von diesem hohen Schuldenberg herunter – ohne die gravierenden Einschnitte in Sozialsysteme vorzunehmen, wie sie Schwarz-Gelb angekündigt hat und ohne Ausgaben für Bildung und Erziehung? Steinmeier erinnerte daran, dass während der letzten Wachstumsphase zumindest die Neuverschuldung schon einmal deutlich gesunken sei – bis die Finanzkrise dem ein Ende gesetzt habe. Ein Schuldenabbau sei zwar schwierig, man dürfe davor aber auch nicht resignieren.

Auch die Frage wie es insgesamt um die SPD steht und wie man nach der verlorenen Bundestagswahl wieder neue Kraft schöpft und traditionelle SPD-Wähler zurückgewinnt, bewegte die Fragesteller. Neuen Anlass dazu gab wohl auch die bundesweite Ortsvereinsbefragung. Steinmeier verwies auf den begonnenen Diskussionsprozess in der Partei, auf die Zukunftswerkstätten. Bei der Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit die SPD mit der Linkspartei koalitiert, verwies Steinmeier auf die Berliner Erfahrungen: bei diesem Thema sei Michael Müller der richtige Ansprechpartner. **T.R./U.H.** □



Mitgliederforum: Michael Müller und Frank-Walter Steinmeier. Foto: Horb

Gesetzesänderung:

Mehr Informationsfreiheit

Kohlmeier: „Volksbegehren ‚Wassertisch‘ faktisch erledigt“

Änderungen zum Informationsfreiheitsgesetz (IFG), die von SPD, Linkspartei und Grünen gemeinsam im Abgeordnetenhaus beantragt werden, sind in dieser Woche im Datenschutzausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses beraten worden. Die Regelung wirkt sich auch auf die Berliner Wasserversorger aus.

Das Gesetz regelt das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf freien Zugang zu Dokumenten der öffentlichen Verwaltung. Nach der gemeinsamen Gesetzesinitiative der drei Fraktionen sollen zukünftig die Übertragungen von Beteiligten in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung, Krankenhauswesen oder der hoheitlichen Verarbeitung von Daten grundsätzlich dem Informationsrecht unterliegen. Jeder Bürger kann zukünftig Akteneinsicht oder Aktenauskunft beantragen, soweit nicht das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse überwiegt. Dies ist von dem privaten Vertragspartner darzulegen.

Die Regelung gilt auch für bereits abgeschlossene (Alt-)Verträge, bei denen Vertragsbestimmungen der Offenlegung entgegenstehen. Überdies sind Verträge in den o.g. Bereichen bei Vorliegen eines öffentlichen Informationsinteresses zu veröffentlichen.

Sven Kohlmeier, datenschutzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Ab-

geordnetenhauses, begrüßte die neue Regelung als „neue Ära der Informationsfreiheit“. „Von der Änderung profitieren alle Beteiligten. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten einen gesetzlich geregelten Informationsanspruch in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Für den Staat und den Vertragspartner ergibt sich der Vorteil, dass zum Teil mutwillig falsche Unterstellungen über Vertragsregelungen überprüfbar und die Verträge objektiv nachprüfbar sind. Mit der jetzigen Regelung stellen wir sicher, dass sowohl der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als auch das öffentliche Informationsinteresse in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.“

Sven Kohlmeier sieht mit der Änderung des IFG das Volksbegehren „Wassertisch“ als faktisch erledigt an. Tatsächlich werden die Initiatoren am 29. Juni mit der Unterschriftensammlung beginnen. Kohlmeier: „Eine ‚Lex Wassertisch‘ halte ich nicht für zielführend. SPD, Linkspartei und Grüne gehen den besseren Weg mit einer Änderung des IFG, der eine gesamtheitliche Regelung für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge trifft. Dafür sollten die Initiatoren mit uns gemeinsam eintreten und werben, um Bürgerinformation einen höheren Stellenwert einzuräumen. Die Änderung des IFG wird im Innenausschuss am 28.06.2010 beraten. Unser Ziel ist, noch vor der Sommerpause die Gesetzesänderung im Parlament mit breiter Mehrheit zu beschließen.“

PM □

Integration:

„Ziehen Sie die Konsequenzen“

AG Migration: Sarrazin hat den Bogen überspannt

„Wir werden auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer“, wird Berlins früherer Finanzsenator Thilo Sarrazin jetzt zitiert. Damit wären seine neuesten Thesen nach Ansicht vieler in der Berliner SPD eigentlich hinreichend eingeordnet.

Mit seiner Aussage hat Sarrazin eine These wieder aufgegriffen, die auch in seinem Interview in der Zeitschrift „lettre internationale“, Auslöser eines Parteiordnungsverfahrens im vergangenen Jahr, eine Rolle spielte. Es gebe „eine unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz“, so seine Behauptung. Einwanderer bekämen mehr Kinder als Deutsche. Intelligenz werde zu 80 Prozent vererbt. Eine Aussage, die von der Forschung nicht gedeckt ist - denn

gemessene Intelligenzunterschiede haben häufig etwas mit der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen zu tun. Folgt man Sarrazins Äußerungen, könnte man sich soziale Verbesserungen und gute Bildungspolitik jedoch sparen.

Für die AG Migration ist der Bogen damit endgültig überspannt. „Seine Äußerungen bestätigen wiederholt: Sein Menschenbild passt nicht zur Sozialdemokratie!“ erklärt Ulker Radziwill, Landesvorsitzende der AG Migration der Berliner SPD. „Thilo Sarrazin attackiert erneut in Menschen verachtender Weise verschiedene Bevölkerungsgruppen.“ Ihr Appell: „Herr Sarrazin, offensichtlich passen die gesamten Grundwerte der Sozialdemokratie nicht zu Ihrem Menschenbild. Also ziehen Sie die Konsequenzen und gehen Sie!“

uh □

Sven Schulz:

BAföG-Novelle: Zu kurz gesprungen

Die Sachverständigen bestätigen eindeutig die Position der SPD, wonach der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bafög-Novelle zu kurz gesprungen ist. Der Entwurf beinhaltet zwar richtige Ansätze, geht aber in zahlreichen Punkten nicht weit genug.

Die Fragen von Teilzeitstudiengängen haben keinen Einfluss in das Gesetz gefunden, der Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium bleibt ungeklärt und die Altersgrenzenregelung des Entwurfs ist nicht ausreichend. Einhellig kritisieren die Sachverständigen, dass die Erhöhungen der Bedarfssätze und vor allem der Einkommensfreibeträge zu schwach ausfallen.

Die SPD hat bereits im März in einem Antrag gefordert, die Einkommensfreibeträge um 10 Prozent und die Bedarfssätze um 3 Prozent anzuheben. Die bisherige Altersgrenze ist angesichts der durch den Bologna-Prozess veränderten Bildungsbiographien nicht mehr zeitgemäß und muss auf 35 Jahre bzw. für ein Master-Studium auf 40 Jahre angehoben werden. Zudem muss die Förderung auf die Ausbildung in Teilzeitform ausgedehnt werden, um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen. Beim Übergang von einem Bachelor zu einem Masterstudiengang müssen Förderungslücken geschlossen werden.

Auf diese Forderungen, die auch Teilnehmer der öffentlichen Anhörung mehrfach formuliert haben, gibt die Bundesregierung keine Antwort. Mit Schönheitsreparaturen werden die gestiegenen Herausforderungen für ein flexibles und sozial gerechtes BAföG, ausgerichtet an individuelle Bildungswege, nicht angenommen. So verblasst das BAföG-Gesetz hinter der Einführung eines Nationalen Stipendienprogramms und wird in die Geschichte als Steigbügelhalter eingehen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode konnte die SPD in der Großen Koalition notwendige Maßnahmen und Verbesserungen gegen den Widerstand der CDU durchsetzen. Aktuelle Studien und Berichte zur Situation der Studierenden belegen, dass die letzte BAföG-Novelle jedoch nicht alle Probleme lösen konnte.

So haben 39 Prozent aller Studienabbrecher Finanzierungsprobleme als ausschlaggebenden Abbruchgrund genannt. Dies zeigt, dass das BAföG in Hinblick auf eine bedarfsgerechte Förderung weiter verbessert werden muss. Die Leistungen müssen erhöht und vor allem der Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößert werden. **Sven Schulz, stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion** □

Parteidebatte:

Bin ich Zielgruppe?

Gunnar Hinck: Über Einzelinteressen hinaus denken

Die hauptamtliche Genossin fragte freundlich interessiert. Ob ich mich denn nach meinem Parteieintritt schon entschieden habe, in welcher Arbeitsgemeinschaft oder in welchem Arbeitskreis ich mich engagieren wolle. Sie ahnte nicht, dass ich ein echter Problemfall bin: Ein heterosexueller, über 35-jähriger, aber noch weit unter 60-jähriger, nicht festangestellter, nicht aus den neuen Bundesländern stammender, gewerkschaftsungebundener, nicht im öffentlichen Dienst befindlicher, kein Unternehmen besitzender, keiner großen Kirche angehörender Mann ist eine echte Herausforderung für die SPD.

Es gibt keinen festen Ort für ihn, oder, um es in der Sprache der politischen PR-Strategen zu sagen: Ich gehöre keiner Zielgruppe an, die durch Jusos, Juso-HSG, Schwusos, AG 6oplus, AGS, ASF, ASJ, Afa, AfB, Forum Ost, AK Christen und so weiter „abgeholt“ werden könnte. Ich habe damit vorläufig keine Probleme, weil ich mich auf das konzentrieren kann, weswegen ich eingetreten bin: auf die SPD als solche und ihre Ideale und Ziele. Mit einem solchen naiven Ansatz wird man keine Karriere in der Partei machen, das ist mir klar, aber zumindest am Anfang einer Parteimitgliedschaft sollte man noch naiv sein dürfen.

Projektgruppen, Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften sind von einer seltsamen Doppelnatur. Einerseits garantiert ihnen das Parteistatut besondere Rechte und damit die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Institutionalisierungen innerhalb einer Partei verschaffen aber nicht nur einen gesicherten Rahmen, sondern wirken zugleich begrenzend - das haben feste Organisationsstrukturen so an sich. Jede Gruppierung in der SPD hat sich ihrem abgesteckten Terrain zu widmen. Die Jusos sind immer ein bisschen linker als die Mutterpartei und widmen sich Jugendthemen, die ASF fordert gleiche Bezahlung für Frauen, die Afa streitet für Kündigungsschutz und für Mindestlöhne. Beschäftigungen mit Themen außerhalb des eigenen Tellerlands sind natürlich erlaubt, werden aber als Grenzüberschreitung gedeutet.

Die Beschränkungen funktionieren aber auch umgekehrt über den Weg des Ausschlusses anderer. Wer bestimmten formellen Kriterien nicht genügt, bleibt draußen. Zwei Beispiele: Männer, zumindest jüngere, könnten einiges beitragen zur Diskussion über Geschlechterrollen und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.



Gunnar Hinck.

Montage: BS

Von der zuständigen AG - der ASF - sind sie jedoch ausgeschlossen, eben weil sie Männer sind. Und das Thema soziale Sicherheit ist nach den Usancen der Partei Thema für die Afa, also das Milieu der sozialdemokratischen Betriebs- und Personalratsfunktionäre. Selbstständige, die keineswegs alle Gut- und Großverdiener sind, oder auch Studierende gehören nicht zur „Zielgruppe“ der Afa. Sie aber könnten natürlich mindestens ebenso viel zum Thema soziale Sicherheit beitragen (wozu eben auch das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit gehört).

Das - sich selbst - beschränkende Wesen der AGs und AKs hat zweifellos Auswirkungen auf die Rolle außerhalb der Partei. Würde man zu einer spontanen Straßenumfrage aufbrechen und fragen, was die Kürzel AGS, ASF und AFA bedeuten, würden vermutlich, so fürchte ich, 95 Prozent der Befragten die Antwort nicht kennen. Eher tippten sie wohl auf Versicherungsunternehmen oder dergleichen. AG6oplus? Dahinter würde der durchschnittliche Pasant wohl eher ein neues Kalziumpräparat vermuten, und nicht die Arbeitsgemeinschaft für ältere Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen.

Eine möglichst große Bekanntheit zu erlangen sei auch gar nicht die Aufgabe, heißt es oft in der Partei. Die AGs und AKs erfüllen ihre Funktionen innerhalb der SPD. Und tatsächlich bekommt man das als Neumitglied recht schnell mit, wenn es heißt, dass ein Genosse „über das Jusoticket“ in irgendein Gremium gewählt wurde oder eine Genossin „über die ASF-Schiene“ Karriere machte. Nicht unüblich

ist es ebenso, dass die AGs und AKs von den Funktionären der Mutterpartei dazu benutzt werden, ihre eigene Macht abzuschwächen, indem genehme Kandidaten protegiert und weniger genehme Kandidaten blockiert werden. Das alles gehört zu einem Parteileben dazu und ist zweifellos für die Austarierung von verschiedenen Strömungen und Interessen wichtig, nur darf man sich dann nicht wundern, wenn am Ende die Kraft und die Zeit fehlen, jene „Nerven-Enden“ in die verschiedenen Winkel der Gesellschaft zu bilden, von denen Sigmar Gabriel auf dem Dresdner Parteitag sprach.

Der größte Nachteil des komplexen Geflechts von AGs, AKs und Foren liegt indes aus meiner Sicht darin, dass es ein Denken in Einzelinteressen befördert und den Blick für das Ganze in den Hintergrund drängt. Dies will ich am wichtigen Begriff Gerechtigkeit erläutern. Naturgemäß gibt es ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was Gerechtigkeit bedeutet. Für eine Frau kann Gerechtigkeit heißen, dass sie genauso gute Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf hat wie ein Mann; für einen Arbeitnehmer, dass er eine anständige Lohnerhöhung bekommt, wenn es dem Unternehmer gut geht; für einen kleinen Selbstständigen, dass die Behörden ihn genauso zuvorkommend behandeln, wie sie es bei einem Großunternehmen tun; für einen Migranten, dass er auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert wird und allein nach seiner Leistung beurteilt wird.

Die politische Herausforderung ist es, einen übergeordneten Begriff von Gerechtigkeit zu finden, der die unterschiedlichen Erwartungen an den Wert Gerechtigkeit auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Wer zu sehr innerhalb der Logik und der Interessen seiner Gruppe denkt, wird es dabei schwer haben. Dieser gemeinsame Nenner ist aber wichtig, wenn es darum geht, als Partei unterschiedliche Wählergruppen anzusprechen. Man darf nicht vergessen: Gewählt werden Parteien, nicht ihre Untergliederungen.

Ich werde jetzt übrigens regelmäßig von der AGS eingeladen. Ich bin zögerlich, weil ich befürchte, in die Selbstständigen- und Unternehmer-Schublade gesteckt zu werden. Ich bin freiberuflicher Autor. Passe ich überhaupt in die Schublade? Außerdem wollte ich mich doch auf die SPD als solche konzentrieren ... Ich warte erst einmal ab. Wenigstens ist die Parteizentrale einstweilen zufrieden: Sie hat mich Problemfall endlich einer Zielgruppe zugeordnet

Gunnar Hinck □

Die richtigen Weichen gestellt

Willi Fred Boheim: Erinnerungen eines ehemaligen Kreisvorsitzenden in Treptow

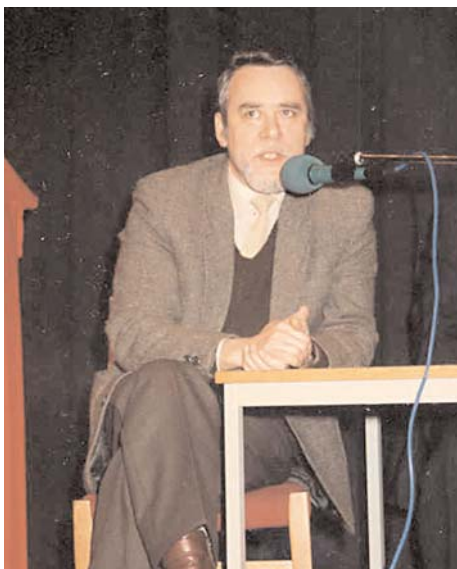
Es war 1978, da übernahm ich die Leitung einer technischen Abteilung im Werk für Signal- und Sicherungstechnik (WSSB), dem ich seit meiner Lehre angehörte. Es konnten immer weniger Abteilungen mit SED-Mitgliedern fachkompetent besetzt werden. Informiert über viele wirtschaftliche Vorgänge des Betriebes konnte ich die Unfähigkeit der Planwirtschaft beobachten. Unsinnige Planungen, verlogene Berichterstattungen und die Erfüllung „präziser“ (zumeist nach unten geänderter) Produktionspläne. Der Gipfel der Verlogenheit waren die in allen Zeitungen veröffentlichten Zahlen der Produktivitätssteigerungen in der Industrie, auf Veranlassung des Politbüromitgliedes Günter Mittag. In Wirklichkeit waren es durch Industriepreissteigerungen erzeugte Inflationsraten.

Privat verbrachte ich viel Zeit beim Bau meiner Datsche, der sich durch Engpässe aller Art über ein Jahrzehnt hinzog. Schon als der Kamin fertig war, diskutierten wir davor viel über die Mangelwirtschaft, lasen noch einmal das Jugendweihe - Buch „Weltall, Erde, Mensch“. Lachten über die grotesken kommunistischen Träume. Auslandsreisen für alle Schulklassen sollte es geben, kostenloses Taxifahren und atomgetriebene Lokomotiven durch ganz Europa fahren.

Wir lasen auch die Umweltblätter der Kirche, die mir zugesteckt wurden. Jeder von uns kannte Beispiele für den Umwelt-horror in der DDR. An einem dieser Abende oder Nächte schwor ich, der ersten Oppositionspartei der DDR beizutreten. Anfang Oktober 1989 war es so weit. Ich schrieb ein Beitritts-gesuch an Ibrahim Böhme. Antwort erhielt ich nicht. Bis zur Gründungs-versammlung der SDP im Dezember schloss ich mich dem Neuen Forum in Adlershof an.

Wir protestierten heftig gegen die zunächst fast unveränderte Reiseregelung. Ich bin stolz auf die Berliner, die das Gela-ber von Herrn Schabowski auf Till-Eugen-spiegel-Art verstanden hatten. Das hat die Mauer ein paar Stunden früher überflüssig gemacht. Die massiven Proteste der oppo-sitionellen Gruppen aber ließen den ge-samten Ministerrat stürzen und erzwan-gen die neue Reiseregelung, die am näch-sten Morgen sowieso in Kraft getreten wä-re.

Die Ereignisse rasten in der Zeit. Demos vor dem Roten Rathaus und auf dem Alex, Gründung des SDP-Kreisverbandes Treptow und des Ortsvereins Adlershof, Kon-



Willi Fred Boheim im Wahlkampf 1990

Foto: privat

trolle des Stasirechenzentrums in Köpenick-Nord, Versammlungen, Parteiwahlen, Übernahme von Verantwortung; die demokratische Umgestaltung erforderte viel Organisation. Ein Wahlprogramm musste her, Kandidaten gekürt, Wahlkampf mit wenig Geld, in kurzer Zeit aber viel guten Willen und danach Koalitionsverhandlungen geführt werden.

Beruflich trieb mich die Frage um: Was wird aus den volkseigenen Betrieben, insbesondere meinem? Wir gingen damals noch nicht von einer kurzfristigen Wiedervereinigung aus. In einer Ingenieurs-versammlung diskutierten wir über dringliche Maßnahmen. Bei einer Veranstaltung in der Hochschule für Ökonomie, zur Zukunft der DDR-Wirtschaft, erlebte ich einen gespenstischen Tanz der Ahnungslosigkeit. Ein Dutzend Professoren für Ökonomie hatten keine Idee wie es weiter gehen soll-



Mit Dieter Schmitz und Tino Schwierzina bei der Eingliederung des Werks für Signal- und Sicherungstechnik (WSSB) in die Siemens Verkehrstechnik 1990.

Foto: privat

te. An der Spitze der Ahnungslosen saß Frau Professor Luft, SED/PDS.

In schlaflosen Nächten des Februar 1990 entschied ich mich im Beruf zu bleiben. Das brachte mir politisch die Unabhängigkeit, wahrhafte Wahlen zwischen Kandidaten zu organisieren. Es zeigte sich, dass unsere Genossen das richtige Gespür für die besten Kandidaten hatten, die unseren Stadtbezirk voran bringen würden.

Für die Partei durfte ich an der Zusammenführung der Ostberliner und der Westberliner SPD im September 1990 mitwirken, einige Jahre für Treptow im Landesparteitag mitwirken und zwei Jahre im Landesvorstand arbeiten. Ein besonderer Höhepunkt war für mich die Teilnahme am Bremer Parteitag, als einer von 15 Berliner Abgeordneten. Wir wählten Björn Engholm. Wäre es doch dabei geblieben...

Beruflich war es gut, der SED-Betriebsleitung auf die Finger zu schauen. Mit Hilfe unseres Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Nils Diederich konnten wir Immobilienschiebereien verhindern, durch eine entsprechende Weisung des Präsidenten der Treuhand Detlev Karsten Rohwedder, SPD. Ach wäre es doch bei diesem Mann geblieben ...

An der Eingliederung des WSSB in die Siemens Verkehrstechnik konnte ich fachlich mitwirken. 1993 weihten wir den damals modernsten Industriebau Berlins ein. Eingeteilt war ich, einige offizielle Gäste aus der Politik zu betreuen: U. a. Bezirksbaustadtrat Dr. Dieter Schmitz, SPD und Tino Schwierzina, SPD, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Eine kleine Parteiversammlung der besonderen Art.

Voller Dankbarkeit erinnere ich mich an die Hilfe und Unterstützung unserer Westberliner Genossen. Stellvertretend für alle anderen nenne ich den damaligen Kreisvorsitzenden von Neukölln, Frank Bielka und unseren Landesvorsitzenden Walter Momper. Walter Momper bleibt für mich der Mann, der nicht nur die glücklichen Folgen der Maueröffnung glänzend organisierte, sondern auch die richtigen Weichen für unsere wiedervereinte Stadt stellte. Vergessen wir nicht, Berlin war das einzige Bundesland, das wiedervereint wurde. Für Adlershof erinnere ich mich dankbar an Dr. Hans Kremendahl, SPD, für seine Initiativen zur Gestaltung des Wissenschaftsstandortes.

Übrigens, meine Datsche habe ich zu meinem Wohnhaus umwidmen können. Ein Alterssitz im Wald mit S-Bahnanschluss nach Berlin. Die Bauzeit hat also mehrfach nachgewirkt.

Willi Fred Boheim □

Wilmsdorf-Charlottenburg:

Neue Ausstellung in der Goethe80

Zum „Start in den Sommer“ lädt die SPD-Bundestagsabgeordnete **Petra Merkel** am Freitag, dem 25. Juni 2010, von 16.00 bis 19.00 Uhr in ihr Wahlkreisbüro GOETHE80, in der Goethestraße 80, 10623 Berlin. Als Ehrengast wird der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB**, dabei sein.

Gleichzeitig eröffnet Petra Merkel eine neue Ausstellung im Wahlkreisbüro. Die Künstlerin Daniela von Nayhauß wird anwesend sein und einige ihrer Werke aus dem Zyklus „Lieb' Vaterland magst ruhig sein“ präsentieren. In diesen verbindet die Künstlerin Illustrationen aus Kinderbüchern mit postmodernen Ornamenten und Mustern. So verlieren die Motive ihre nostalgische Idylle und geraten in eine Auseinandersetzung mit aktueller deutscher Wirklichkeit.

Daniela von Nayhauß lebt und arbeitet in Charlottenburg-Wilmsdorf. Ihre Arbeiten wurden nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA, den Niederlanden und Griechenland ausgestellt. Die Ausstellung ist bis zum 3. September 2010 zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros zu besichtigen. **BS** □

➔ Wahlkreisbüro „Goethe80“, Goethestr. 80, 10623 Berlin. Öffnungszeiten: Mo + Do 12 - 16 Uhr, Di + Mi, 10 - 14 Uhr, Sa 11 - 14 Uhr.

TERMINE

- Schwusos **Teilnahme an der CSD-Parade „Normal ist anders“** mit Truck, Samstag, 19. Juni, ab 13.00 Uhr, Verlauf: Kurfürstendamm, Nollendorfpfatz, Siegestsäule, Abschlussveranstaltung am Brandenburger Tor
- Raed Saleh, MdB, **Wochenendspredigt**, Samstag, 19. Juni, 10 Uhr bis 12 Uhr, Café „Charlotte“, Charlottenstr. 14 a, 13597 Berlin-Spandau. Um Anmeldung wird gebeten im Kreisbüro unter 333 71 65
- Robert Schaddach, MdB, **Wahlkreis-Sommerfest** am Tag der offenen Tür im Seesportclub Berlin Grünau: Samstag, 19. Juni, 14.00 bis 21.00 Uhr, Seesportclub Berlin Grünau e.V., Rohrwallallee 11, 12527 Berlin
- Friedrich-Ebert-Stiftung, **Bildungsgerechtigkeit in der Studienfinanzierung** - Die soziale Dimension der aktuellen Förderprogramme, Konferenz mit Christoph Matschie, Prof. Dr. Rolf Dobischat sowie Ole Holm-Møller aus Dänemark. Montag, 21. Juni, 10.00 bis 16.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimatr. 28, 10785 Berlin. Ausführliches Programm unter http://fes-stabsabteilung.de/docs/100427_Bildungsfinanzierung.pdf. Bitte anmelden bei marion.stichler@fes.de oder im Internet verfolgen unter: <http://www.fes.de/bildungspolitik/>
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde-West, **Konturen einer modernen Integrationspolitik für Berlin**. Einwanderungsland Deutschland - ein gebrochenes Tabu. Über Versäumnisse und künftige Herausforderungen der Integrationspolitik. Diskussionsver-

anstaltung mit Prof. Dr. Jutta Limbach, langjährige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Dienstag, 22. Juni, 19.30 Uhr, Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde-West, Hans-Sachs-Straße 4d, 12205 Berlin

■ SPD Reinickendorf - Abt. Heiligensee und ASF, **Neue Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik** - Neustrukturierung der Job-Center und ihre Auswirkungen, Dienstag, 22. Juni, 19.30 Uhr, Restaurant Dorfaue, Alt-Heiligensee 68, 13503 Berlin,

■ Fachausschuss Europa / Frank Zimmermann, MdB, **Griechenland, Euro - und wie weiter?** Dienstag, 22. Juni, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Die Stadt, das Geld und die Not - Wie kommt die Finanzkrise in den Kommunen an?** Podiumsdiskussion Prof. Barbara Kisseler, Chefin der Senatskanzlei, Jörg Stüdemann, Stadtrat und Kämmerer Dortmund, Amelie Deuffhard, Intendantin Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH, Dr. Hans-Georg Küppers, Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages, Prof. Dr. Alois Oberhauser, Finanzwissenschaftler, Dienstag, 22. Juni, 18.00 bis 20.00 Uhr, Rotes Rathaus, Wappensaal, Rathausstraße 15, 10178 Berlin. Bitte anmelden unter: forum.cy@fes.de

■ SPD Pankow, **Empfang des Kulturforums der SPD Nordost e.V. (Pankow)**, mit Wolfgang Thierse, MdB, und dem Vorsitzenden des Kulturforums Nordost, Max. E. Neumann. Dienstag, 22. Juni, 19.00 Uhr, Kavalierhaus Pankow, Breite Straße 45, 13597 Berlin

■ Fachausschuss Wirtschaft / Burgunde Grosse MdB, **Zukunft der Jobcenter**, Podiumsdis-

Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten

kussion mit Burgunde Grosse, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion; Martin Matz, Stadtrat für Soziales und Gesundheit in Spandau, Sprecher der Vertreter Berlins im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Berlin-Nord; Uwe Schulz-Hofen (angefragt) Referatsleiter Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik in der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales, und Barbara Loth, Stadträtin für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr in Steglitz-Zehlendorf, Sprecherin der Vertreter Berlins im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Berlin-Süd, Dienstag, 22. Juni, um 16.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, im Raum 388, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Nach dem Spiel und vor dem Spiel: Wandel durch Fußball in Afrika?** Public-Viewing Ghana-Deutschland, anschließend Diskussion mit Doreen N. Omondi, Streetfootball-Weltmeisterin 2006 aus Kenia, Souleyman „Samy“ Sané, ehem. Bundesligaprofi und Nationaltrainer von Sansibar, Auma Obama, Koordinatorin der „Sports for Social Change“-Initiative in Kenia, Mittwoch, 23. Juni, 17.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin

■ Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD **Kontinuität oder Neubegegnung?** Diskussion mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung Dr. Jürgen Schneider, Mittwoch, 23. Juni, 16.30 Uhr, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)

■ AfA Friedrichshain-Kreuzberg: **Nein zur Auslieferung an den Wettbewerb - Für den vollständigen Verbleib der S-Bahn in öffentlicher Hand!** Darüber diskutieren: Der neu gewählte Betriebsratsvorsitzende der Berliner S-Bahn Volker Hoffmann (TRANSNET), der TRANSNET-Sekretär Jörg Kronberg, der S-Bahn-BR Peter Polke (TRANSNET), die S-Bahn Vertrauensfrau Kerstin Fürst (TRANSNET), das Mitglied des AfA-Landesvorstandes Gotthard Krupp, Mittwoch, 23. Juni, um 18.00 Uhr (WM-gerechte Sitzungsdauer), Gewerkschaft TRANSNET, Revaler Straße 100 (U- und S-Bahnhof Warschauer Straße, Tram-Haltestelle Revaler Straße M10 und M13, gegenüber Kaisers)

■ Jusos Treptow-Köpenick, **Public Viewing: Ghana - Deutschland**, Mittwoch, 23. Juni, 20.30 Uhr, AnsprechBar, Siemensstraße 15/Ecke Deulstraße, 12459 Berlin-Oberschöne-weide

■ AsF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Sommer-Kulturabend, Retrospektive: FRIDA KAHLO**, Donnerstag, 24. Juni, um 18.30 Uhr, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin. Mit exklusiver Führung. Der Eintritt als Gruppe kostet pro Person 8,00 €. Die Kosten der Führung werden übernommen. Anmeldung: Barbara.Scheffer@bkm.bmi.bund.de

■ AsF Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg / Ulrike Neumann, MdB, **Wie weiter mit dem Tempelhofer Park?** - Ansprüche und Planungen nach

Kriterien des Gender Mainsteaming, Donnerstag, 24. Juni, um 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin | geschlechteroffen

■ August-Bebel-Institut, **Die Fußball WM in Südafrika - Afrika auf Augenhöhe oder nur Spielball?** Politische und sozio-ökonomische Implikationen eines Mega-Events. Podiumsdiskussion mit Idriss Tawat, NARUD e.V.; Dr. Sebastian Seedorf, INISA; Peter Senft, IG Metall-Vorstand; Renate Tennbusch, Friedrich-Ebert-Stiftung; Peter Lehmann, Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung. Im Anschluss Public Viewing: Vorrundenspiel Kamerun-Niederlande, Donnerstag, 24. Juni, 18.30 Uhr. Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, Berlin-Wedding

■ SPD Spandau - Abt. Wilhelmstadt, **Bürgerstammtisch** mit Raed Saleh, MdB und Vorsitzender der SPD-Spandau, und Christian Haß, Bezirksverordneter und Vors. der SPD-Wilhelmstadt, Freitag, 25. Juni, 20.00 Uhr, „Span-dauer Kater“, Seeburger Str. 15, 13581 Berlin

■ Mechthild Rawert, MdB, **Inklusive Bildung in Berlin**, mit Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. (i.R.) Dr. Jutta Schöler, Montag, 28. Juni, 18.00 Uhr, Aula der Fläming-Grundschule, Illstraße 4-6, 12161 Berlin-Friedenau. Anmelden unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Demokratie braucht Qualität! - Gelingensfaktoren für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus**, mit Sönke Rix, MdB (Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion), Daniela Kolbe, MdB (stv. Sprecherin der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion), Montag, 28. Juni, von 8.45 bis 17.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin. Anmeldung bis 21.06.2010, Email: forum.ml@fes.de, Fax: 030 26935 9240, Telefon: 030 26935 7307, Anmeldebestätigungen werden nicht versandt

■ SPD-Fraktion Berlin/ Zukunftswerkstatt Heinersdorf, **Politikstammtisch mit Ulrich Nußbaum**, Diskussion mit Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum zum Thema „Pleite-stadt Berlin - Was können wir uns noch leisten?“, Dienstag, 29. Juni, ab 20 Uhr, Nachbarschaftshaus, Berliner Straße 5, 13089 Berlin

■ Fachausschuss Wirtschaft / Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. / Frank Jahnke, MdB, **Die TSB auf dem Prüfstand.** Leistungen und strategische Zielsetzungen, Podiumsdiskussion mit Wolf-Michael Catenusen, Staatssekretär a.D. BMBF; Prof. Dr. Günther Tränkle, Direktor Ferdinand-Braun Institut für Höchstfrequenztechnik; Norbert Geyer, Geschäftsführer Geyer-Gruppe Industrieholding GmbH; Andreas Eckert, Vorsitzender des Vorstands Eckert & Ziegler Strahlen- und Medizintechnik AG; Norbert Quinkert, Vorsitzender des Vorstandes TSB Technologiestiftung Berlin; Frank Jahnke, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD Fraktion, MdB; Dr. Rudolf Steinke, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Berliner Wirtschaftsgespräche e.V.,

Dienstag, 29. Juni, um 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Dahlemer Sommerfest**, Mittwoch, 30. Juni, ab 19.00 Uhr, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ August-Bebel-Institut, **Afropöhren in der deutschen Kunstszene**, Podiumsdiskussion mit Christophe Ndabananiye, Künstler; Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung, Kurator; Dorina Hecht, Kunsthistorikerin; Stephanie Bauer, Kunstraum Kreuzberg/Bethanien; Yvette Mutumba, Kunsthistorikerin, Mittwoch, 30. Juni, 19.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, Berlin

■ Bündnis Pro Ethik, **Vielfalt und Gemeinsamkeit** Religionen, Weltanschauungen und Kulturen in Berlin - Herausforderungen für den Ethikunterricht, Freitag, 2. Juli, 16.00 bis ca. 20.15 Uhr, „Werkstatt der Kulturen“ in Berlin-Neukölln, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin, Anmeldung bitte bis 26. Juni per E-Mail an: dialogforum-ethik@t-online.de mit Angabe von Name, Vorname und beruflicher Tätigkeit. Weitere Infos: www.proethik.info

■ aktuelle Termine der Berliner SPD im Internet: <http://www.spd-berlin.de/termine/>

S PRECHSTUNDEN

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Mittwoch, 23. Juni 2010, von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Montag/Mittwoch/Freitag 10.30 bis 14.00 Uhr, Dienstag/Donnerstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Um Anmeldung wird gebeten unter: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Tel. 720 13 884

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: wolfgang.thierse@wk.bundestag.de. Sprechstunde in Treptow-Köpenick am 13. Juli von 17 bis 18.15 Uhr im SPD-Büro in der Grünauer Str. 8 (Hinterhaus), 12557 Berlin statt. Es wird um vorherige telefonische Anmeldung gebeten, Tel.: 65496204.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.



Die Ausstellung „Afrikanische Vielfalt“ ist am Dienstag in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet worden. Sie zeigt Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern afrikanischer Herkunft. „Uns gibt diese Weltmeisterschaft Gelegenheit, unser Bild von Afrika zu überprüfen, eigene Vorstellungen zu hinterfragen und mit einigen überkommenen Klischees aufzuräumen“, sagte die SPD Bundestagsabgeordnete Eva Högl bei der Eröffnung. Geöffnet ist die Ausstellung bis 10. Juli, Montag bis Freitag, 14 bis 18 Uhr.



KULTURTIPPS

Zwei Fotoausstellungen präsentiert der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus bis zum 1. Juli. Die Ausstellung „Südafrikanische Fotografie 1950-2010“ erzählt in 150 Schwarz-Weiß-Fotografien von zwanzig Fotografen sechzig Jahre Geschichte des Landes und lässt ein neues Bild von Südafrika entstehen, losgelöst von alten Vorstellungen und Mustern. Einen Überblick über die weltbesten Pressefotos liefert die zweite Ausstellung. Seit über 50 Jahren prämiert der World Press Photo Award die besten und eindrucksvollsten Fotos des zurückliegenden Jahres, ausgewählt von einer internationalen Jury. Die Ausstellung im Berliner Willy-Brandt-Haus zeigt auch in diesem Jahr wieder ergreifende und eindringliche Bilder, die die Geschehnisse des vergangenen Jahres Revue passieren lassen. **BS** □

➔ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich

Film. Am 30. Juni 1960 wurde Patrice Lumumba der erste Regierungschef der unabhängig gewordenen belgischen Kolonie Kongo, die seit 1885 persönlicher Besitz des belgischen Königs war. Doch Lumumba blieb nur zwei Monate im Amt, dann wurde er mit tatkräftiger Unterstützung aus Europa und den USA verschleppt und ermordet. Ins Amt kam sein Widersacher, Colonel Joseph Mobutu, eine Marionette der Weltmächte. Am 30. Juni 2010 zeigt der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus um 20 Uhr den Film „Lumumba - ein afrikanischer Held“ aus dem Jahr 2000 von Regisseur Raoul Peck. Der Film ist ein Lehrstück darüber, wie die so genannte zivilisierte Welt mit Regionen umspringt, die sie offiziell in die Unabhängigkeit entlässt. **BS** □

➔ „Lumumba - ein afrikanischer Held“ (OmU), Film von Raoul Peck, 145 Minuten, Mittwoch, 30. Juni 2010, 20.00 Uhr; Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

Faust mit Live-Band

Rockoper im Admiralspalast

Seit Jahrhunderten treibt der Fauststoff die Literatur vor sich her. Bereits Jahrhunderte vor Goethes Tragödie in zwei Teilen erschien Johann Spiess' Volksbuch der Historia des D. Johann Fausten. Infolge wurde es unzählige Male adaptiert. Thomas Manns Bildungsroman Dr. Faustus und Michail Bulgakows Satire „Der Meister und Margarita“ sind nach Goethes Urfaust, Faust - Erster Teil und Faust - Zweiter Teil nur die bekanntesten Annäherungen an den historischen Stoff.

1977 schuf Dr. Rudolf Volz mit einer Rockoper seine Faust-Version. „Faust - Die Rockoper“ wird mit Live-Band, mit Sängern, Schauspielern und Tänzern aufgeführt. Dabei werden ausschließlich die Texte von Johann Wolfgang von Goethe verwendet, die in 27 Rock- und Popsongs die bekannte Geschichte von Dr. Heinrich Faust um das Streben des Menschen nach Selbstverwirklichung erzählen. Die Inszenierung knüpft an die Volksstücktradition der Zeit vor Goethe an und macht das ganze zu einem Spektakel zwischen Rockkonzert, Musical und Volksstück.

Der Präsident der Internationalen Faust-Gesellschaft Dr. Bernd Mahl lobte Volz' Rockoper. Vor allem einem jungen Publikum werde damit Goethes Faust, der die Bi-



Faust - Die Rockoper.

Foto: Promo/HVD

lanz seines Lebens ziehend einen Pakt mit dem Teufel schließt, auf eine besondere Weise erschlossen. Bisher wurde die Rockoper bereits über 100 Mal aufgeführt.

Der Humanistische Verband Berlin präsentiert dieses außergewöhnliche Schauspiel in Zusammenarbeit mit der Manthey Event GmbH und dem Berliner Admiralspalast. Karten sind noch an der Abendkasse sowie an allen Vorverkaufsstellen erhältlich. **PM** □

➔ Sonntag, 20. Juni 2009, 19 Uhr, Admiralspalast Berlin, Friedrichstraße 101, 10117 Berlin (S + U Friedrichstraße, Tram M 1 & 12), Karten: 22,00 / 27,00 / 32,00 € jeweils zzgl. VVK-Gebühr, Tel. 4799 7499, www.admiralspalast.de, sowie an allen VVK-Stellen